

01.04.2014

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

SPD und Grüne opfern Arbeitsplätze sowie die sichere und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen dem Koalitionsfrieden

I. Ausgangslage

Die Landesregierung hat am 28. März 2014 bekannt gegeben, dass der Braunkohletagebau Garzweiler II wesentlich kleiner als bisher geplant werden soll. Mit dieser Entscheidung leitet die Landesregierung den Braunkohleausstieg in Nordrhein-Westfalen ein. Verhandelt wurde hinter dem Rücken der Beschäftigten und der Vertreter der Region. Für das Rheinische Revier herrscht infolgedessen nach der plötzlichen Entscheidung der Landesregierung mehr Ungewissheit über die Zukunft denn Klarheit.

Zwar ist es für die von Umsiedlung betroffenen Bürger gut, dass sie nun Planungssicherheit haben. Die Landesregierung misst hier jedoch mit zweierlei Maß, da SPD und Grüne mit dieser Entscheidung den Erhalt von mehr als 12.000 Arbeitsplätzen bei RWE sowie weitere 30.000 im Zuliefererbereich in Frage gestellt haben.

Mit ihrer Entscheidung hat die Landesregierung bereits heute im Ergebnis den 4. Umsiedlungsabschnitt aufgegeben – und damit die Sicherheit und Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung aufs Spiel gesetzt. Eine solche Entscheidung war zum jetzigen Zeitpunkt fachlich nicht notwendig. Sie diene einzig dem Erhalt des Koalitionsfriedens, um den Grünen die Zustimmung für den 3. Ausbauabschnitt abzukaufen.

Mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen vor dem Hintergrund der Krim-Krise erscheint das Vorgehen der Landesregierung zumindest grob fahrlässig. Aus energiepolitischer Sicht wäre es sinnvoller gewesen, die Entscheidung über den 4. Umsiedlungsabschnitt zu einem späteren Zeitpunkt zu treffen. Niemand kann heute absehen, wie lange Braunkohle noch für das Gelingen der Energiewende gebraucht wird. Offensichtlich wird eine langfristige energiepolitische Strategie dem kurzfristigen Erhalt des Koalitionsfriedens geopfert.

Datum des Originals: 01.04.2014/Ausgegeben: 01.04.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, nannte die Entscheidung der Landesregierung daher folgerichtig in einer Pressemitteilung vom gleichen Tag ein „leichtfertiges Versprechen ohne sachliche Grundlage“. Weder sei der Ausstieg aus der Kernenergie abgeschlossen, noch seien die immensen Kosten des bisherigen Ausbaus der Erneuerbaren Energien bisher bewältigt. Es sei daher klar erkennbar, dass die Braunkohle noch auf viele Jahre benötigt werde, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland zu gewährleisten. „Das Vertrauen in die industrie- und wirtschaftspolitische Kompetenz der Politik in NRW hat heute Schaden genommen“, so Vassiliadis am vergangenen Freitag.

Die Entscheidung der Landesregierung zu Garzweiler II wurde ohne Beteiligung des bergbautreibenden Unternehmens, der Gewerkschaften und der Beschäftigten gefällt. Die direkt betroffene Stadt Erkelenz hat die Landesregierung im Anschluss nicht informiert. So reiht sich das Vorgehen der Landesregierung nahtlos in den Umgang mit den Polizisten, Richtern und Lehrern in der Besoldungsdebatte, dem unabgestimmten Durchsetzen der Inklusion gegen die Kommunen oder in das Durchpeitschen des neuen Hochschulgesetzes gegen Studierende, Rektoren und Wirtschaft ein. Die Energiewende wird jedoch nur dann Erfolg haben und Akzeptanz finden, wenn Bürger und Wirtschaft Planungssicherheit haben und in die Entscheidungen einbezogen werden.

Auch wäre angesichts der Tragweite der Entscheidung für Nordrhein-Westfalen eine Regierungserklärung im Landtag angemessen gewesen. Es ist schlechter Stil und ein Affront gegenüber dem Parlament, eine solche energie- wie industriepolitische Leitentscheidung nur wenige Minuten nach Beendigung einer Landtagssitzung in einer Pressekonferenz zu verkünden.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Eine nachhaltige, bezahlbare und versorgungssichere Energiewende braucht langfristige und planungssichere Rahmenbedingungen. Die Energiepolitik dieser Landesregierung erfüllt diese Anforderungen in keiner Weise.
2. Die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung geht zulasten des heimischen subventionsfreien Energieträgers Braunkohle und zulasten tausender Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Das ist das Gegenteil von energiepolitischer Planungssicherheit und industriepolitischer Verantwortung. In einer Zeit, in der aktuell über internationale Energieabhängigkeit gesprochen wird, verzichtet die Landesregierung leichtfertig auf eine heimische Perspektive.
3. Die Entscheidung der Landesregierung, den Tagebau Garzweiler zum jetzigen Zeitpunkt in Frage zu stellen, ist fachlich nicht nachvollziehbar.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. sich zukünftig neben dem Klimaschutz vorrangig für die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung einzusetzen;
2. Beweggründe offenzulegen, aus welchem Grund eine Entscheidung für den 4. Umsiedlungsabschnitt nicht mit den Betroffenen in einem transparenten Prozess geführt wurde;

3. die Perspektive für die Region aufzuzeigen und zeitnah Voraussetzungen zu schaffen, wie der Strukturwandel im Rheinischen Revier stärker vorangebracht werden kann;
4. ein Konzept zu entwickeln, wie die aus der plötzlichen Entscheidung der Landesregierung resultierenden arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Folgen bewältigt werden können;
5. mit der Bundesregierung zu klären, welche Konsequenzen eine solche Entscheidung für die Energiewende hat.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Thomas Kufen

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Holger Ellerbrock

und Fraktion